

„Sie sind blauäugig und fromm“

Ein ÖVP-Bundesland nach dem anderen plant, wegen der Flüchtlinge die Mindestsicherung zu kürzen. Das bringt das rote Wien gehörig unter Druck – und die ÖVP wittert ihre große Chance. Ein Streitgespräch zwischen der Wiener SPÖ-Sozialstadträtin **Sonja Wehsely** und ÖVP-Klubobmann **Reinhold Lopatka**.

Eine kinderreiche syrische Flüchtlingsfamilie könnte in Wien bald 500 Euro mehr an monatlicher Mindestsicherung bekommen als in Niederösterreich. Sind die anderen Bundesländer inhuman? Oder sind die Sozialleistungen in Wien zu üppig? Wie lange kann und will Wien sich das leisten? Schon jetzt zieht es die meisten Flüchtlinge nach Wien.

Der Spezialist

für Attacken auf das rote Wien, ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka, warnt vor einer „Explosion“ der Kosten in der Hauptstadt. Die streitbare Wiener SPÖ-Sozialstadträtin Sonja Wehsely sagt, dass Kürzungen am Ende nicht nur Flüchtlinge, sondern alle Bürger in einer Notlage treffen. Es ist der erste direkte Schlagabtausch zwischen den beiden. Und Augenverdreher sind dabei noch die freundlicheren Gesten.

Profil: Reitet die ÖVP einen Angriff auf Wien?

Wehsely: Der ÖVP geht es um etwas Größeres. Sie will den Sozialstaat für alle infrage stellen. Die Mindestsicherung für Flüchtlinge ist nur ihr Schuhlöffel.

Lopatka: Ich glaube, das sieht nur Frau Wehsely so. Sonst müssten Sozialdemokraten, die in anderen Bundesländern über Kürzungen reden, irregeleitet sein. Schauen Sie ins Burgenland!

Wehsely: In Niederösterreich hat die SPÖ gegen Kürzungen der Mindestsicherung gestimmt, in Oberösterreich auch.

Lopatka: In Niederösterreich hat SPÖ-Landesrat Maurice Androsch gesagt, Kürzungen bei Integrationsverweigerung sind vorstellbar.

Wehsely: Das ist nix Neues, sondern geltende Rechtslage in Wien.

Lopatka: Wir müssen große Veränderungen im Sozialsystem vornehmen. 2016 werden die Asylanten die größte Gruppe unter den neuen Beziehern der Mindestsicherung stellen. Als wir die Mindestsicherung 2009 einführten, waren sie das nicht. Außerdem war die Leistung als Zahlung gedacht, die Flüchtlinge werden aber die volle Mindestsicherung beziehen. „Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass sich alles verändert.“ Dieses Zitat aus dem Buch „Der Leopard“ ist zu beherzigen.

Wehsely: Ich bin 100-prozentig der Meinung, dass sich Dinge ändern müssen, damit sie gut bleiben. Das Ziel muss sein, dass so wenige Flüchtlinge wie möglich in die Mindestsicherung kommen, und deswegen müssen wir bei jenen, die große Chance auf Asyl haben, sofort mit Deutschkursen und Schulungen beginnen.

Lopatka: Wenn Sozialminister Alois Stöger sagt, die Arbeitslosigkeit steigt weiter, und die Armutskonferenz davon ausgeht, dass 40.000 Flüchtlinge Mindestsicherung benötigen werden, darf ich mich doch nicht hierher setzen und so wie Sie blauäugig sagen: „Wir müssen alles tun,

damit die Menschen in den Arbeitsmarkt kommen.“ Das ist ein frommer Wunsch.

Wehsely: Herr Lopatka ...

Lopatka: Lassen Sie mich ausreden.

Wehsely: Sie reden ein bisschen viel.

Lopatka: Ich muss die Fakten nennen.

Wehsely: Sie sind blauäugig und fromm, Herr Lopatka, ich bin beides nicht, deswegen bleiben wir bei den Fakten. Nur 13.000 der 1,8 Millionen Wienerinnen und Wiener beziehen derzeit die volle Mindestsicherung, 91 Prozent stocken den Lohn auf, das sind vor allem Frauen. Oder sie beziehen Mindestsicherung zum Arbeitslosengeld oder Notstand dazu.

Lopatka: Schon 2014 lebten in Wien 39.386 Personen in Haushalten mit über 1500 Euro Mindestsicherung. Ein Beispiel: Laut der Titelgeschichte von profil über den Hassprediger Mirsad O. war der Herr mit seiner neunköpfigen Familie in Wien in der Mindestsicherung. Also hat er monatlich 2800 Euro allein aus der Mindestsicherung brutto für netto bekommen – inklusive Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag fast 60.000 Euro im Jahr.

Wehsely: Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag bekommen alle, nicht nur Mindestsicherungsbezieher. Herr Lopatka, Ihnen geht es nicht um einzelne Familien mit neun Kindern. Wenn die ÖVP bei der Mindestsicherung eine Obergrenze von 1500 Euro einzieht, trifft sie die ganz normale Alleinerzieherin mit zwei bis drei Kindern. Das ist perfide für eine Familienpartei.

Lopatka: Sie müssen in die Debatte eintreten, ob der Sozialstaat, wie wir ihn aufgebaut haben, finanzierbar bleiben soll. Bei der Mindestsicherung wird die Zahl der Vollbezieher wegen der Flüchtlinge explodieren. Wir schaffen das nicht.

Wehsely: Wahren wir die Relation. Inklusive der Flüchtlinge kostet die Mindestsicherung heuer 670 Millionen Euro. Viel Geld. Aber – ich gönne das jedem Bauern – für Landwirtschaftsförderung geben wir 1,9 Milliarden Euro aus.

Lopatka: Wie erklären Sie die Höhe der ▶



CHRISTIAN MÜLLER FÜR PROFIL

RAUMFÜLLENDE UNTERSCHIEDE
ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka und SPÖ-Stadträtin Sonja Wehsely streiten im Hohen Haus über die Mindestsicherung. Die Pressesprecherinnen sekundieren mit Zahlen, Zetteln und Zitaten.

Mindestsicherung einer Friseurin mit 1121 Euro Kollektivvertragslohn?

Wehsely: Jetzt kommen wir langsam zum Punkt. Wir müssen über die Höhe der Löhne diskutieren. Warum gibt es bei den Löhnen Einkommensverluste im Niedriglohnbereich?

Lopatka: Höhere Löhne sind wünschenswert, aber nicht immer möglich. Im Niedriglohnbereich sind wir in einem weltweiten Wettbewerb.

profil: Gilt das auch für den Wiener Friseur?

Lopatka: Für den nicht. Aber für viele andere Branchen.

profil: Kann eine Familie in Wien mit 1500 Euro auskommen?

Lopatka: Ja, denn die 1500 Euro sind netto für brutto. Und dazu kommen noch andere Familienleistungen. Dafür muss man auf dem Arbeitsmarkt mehr als 2000 Euro brutto verdienen, um 1500 netto zu haben. Ich komme aus der Oststeiermark. Dort verdienen viele Menschen bei 40-Stunden-Wochen nicht so viel.

Wehsely: Bei einer Familie mit zwei Kindern – er ist arbeitslos und sie geringfügig beschäftigt – geht die ÖVP-Deckelung bei 1500 Euro ganz tief rein. Rund 250 Euro würden die monatlich verlieren. Das sind Beispiele echter österreichischer Familien mit Name und Adresse.

Lopatka: Ich sehe aber das Problem, dass Leute mit vielen Kindern jetzt zu wenig Anreize haben, aus der Mindestsicherung aussteigen zu wollen.

profil: Machen wir es an einer syrischen Familie mit mehreren Kindern fest. Die Familie ist muslimisch-konservativ, deswegen arbeitet die Frau nicht. Der Mann ist kaum ausgebildet. Bei einer Mindestsicherung von 2000 Euro müsste er 3000 Euro brutto verdienen.

Lopatka: Das verdient er nie.

Wehsely: Wir müssen schauen, dass möglichst wenige Flüchtlinge in die Mindestsicherung kommen.

Lopatka: Ja, ja, ja. Natürlich kommen Tausende in die Mindestsicherung.

Wehsely: Das ist nicht gottgewollt. Außerdem müssen wir alles tun, damit Frauen erwerbstätig werden. Ohne den Widerstand der ÖVP hätten wir schon besser ausgebaute Ganztagschulen und Kindergartenplätze.

Lopatka: Ob die Frau arbeiten geht, liegt nicht in unserer Hand, sondern in der Hand des syrischen Ehemanns.

Wehsely: Es muss strenge Kontrollen geben und Anreize, Arbeit anzunehmen. Wir haben über 8000 Mal gekürzt und sind hier radikaler als andere Bundesländer.

Lopatka: Was Wien macht, ist Kosmetik. Bei 160.000 Beziehern kürzen Sie nur im

Ausnahmefall, und das nicht zu 100, sondern vielleicht zu 25 Prozent.

Wehsely: Bei allen 160.000 Personen könnten wir gar nicht kürzen, denn zwei Drittel stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Das sind etwa Pensionisten oder Kinder.

Lopatka: Prinzipiell halten Sie aber am System fest. Dann hat ein syrischer Familienvater wie aus dem zitierten Beispiel weiter keinen Anreiz, dass er und seine Frau arbeiten gehen. Das ist das Dilemma, aus dem die Frau Stadträtin nicht herauskommt. Im Vergleich zur Arbeit in der Heimat bekommt er in Österreich viel mehr vom Staat. Und das gilt noch viel stärker für einen Afghanen. 30 Prozent der Afghanen, sagt das AMS, können weder lesen noch schreiben. Die fangen bei Punkt null an. Kollegin Wehsely, die sind Jahre in der Mindestsicherung, bis sie am Arbeitsmarkt unterkommen. Das ist die Realität, oder?

Wehsely: In Wien kommen auf eine unqualifizierte Stelle 30 Bewerber. Das ist die Realität, und die Realität ist schlecht. Aber was ist Ihr Schluss daraus? Zu sagen, wir geben euch zu wenig zum Leben, und das führt dann dazu, dass ihr einen Job findet? Diese Menschen sind hier, und sie gehen nicht weg. Wir müssen diskutieren, wo die Untergrenze für die Existenz liegt. Das müssen wir verhandeln.

profil: Werden ÖVP und SPÖ eine bundesweit einheitliche Mindestsicherung verhandeln und sich in der Mitte treffen?

Lopatka: Nicht in der Mitte. Das ist unfinanzierbar. Es muss das Notdürftigste abgedeckt sein.

Wehsely: Wie viel ist das? Ihre Vorstellung ist es, dass subsidiär Schutzberechtigte von 320 Euro leben müssen. So plant es Schwarz-Blau in Oberösterreich. Sie, Herr Lopatka, leben von 320 Euro?

Lopatka: Davon leben die 80.000 Menschen, die letztes Jahr gekommen und in der Grundversorgung sind. Die werden nicht alle kriminell, wie fälschlicherweise oft behauptet wird. Ja, das ist verdammt wenig. Aber das erhöht den Druck, dass sie sich anstrengen. Es geht außerdem um jene, die noch kommen wollen. Sie sollen wissen, unter welchen Bedingungen sie hier leben können.

Wehsely: Die Höhe der Mindestsicherung entscheidet doch nicht darüber, wer kommt oder nicht, sagt der Berater der Regierung, Kilian Kleinschmidt. Ein wahrer Pull-Faktor ist, dass vom Innenministerium nicht abgeschoben wird.

profil: Wenn subsidiär schutzberechtigte Afghanen in Wien weiter Mindestsicherung, das heißt um 500 Euro mehr pro



CHRISTINA MULLER/FÜR PROFIL (6)

FUNKENFLUG

Die beiden richten sich regelmäßig Unfreundlichkeiten über die Medien aus. Die ideologischen Gräben wurden im direkten Aufeinandertreffen nicht kleiner.

Monat bekommen, geht auch der Rest in die Hauptstadt, oder?

Wehsely: Das kann sein. Die anderen Bundesländer putzen sich an Wien ab.

Lopatka: Deswegen muss Wien nachziehen, und es muss auch den Anspruch für Familien bei 1500 Euro deckeln.

Wehsely: Kommt nicht infrage. Wer das möchte, will Kinderarmut. Ich werde nicht zulassen, dass mit dem Vehikel Flüchtlinge Familien in die Armut gedrängt werden. Das findet nicht statt. Dass die ÖVP als Familienpartei sich dafür hergibt, zeigt viel.

Lopatka: Es gibt keine Kinderarmut. Wir sind bei Geldleistungen für Kinder im europäischen Spitzenfeld.

Wehsely: Die Debatte, die hier von der ÖVP geführt wird, bedeutet, Schwache gegen noch Schwächere auszuspielen. Die ÖVP sagt, 837 Euro Mindestsicherung pro Person sind zu viel, und fährt eine Kampagne für 1000-Euro-Geldscheine.

Lopatka: Nicht schlecht, Frau Kollegin, nicht schlecht. Also: Von den 40.000 Flüchtlingen sind 80 Prozent jung. Daher müssen wir alles tun, dass sie es sich nicht von Anfang an in der Mindestsicherung einrichten.

Wehsely: Wir müssen alles tun, damit sie gar nicht erst reinfallen.

Lopatka: Frau Kollegin, es werden mehr reinfallen, als wir uns das wünschen. Ich habe in meinem Heimatdorf Penzendorf bei 500 Bewohnern 100 Flüchtlinge: Tschetschenen, die schon 2004 gekommen sind. Ich kenne Familien, die sind mit zwei Kindern gekommen, haben jetzt sechs. Die älteren Kinder sind schon erwachsen. Alle leben von Sozialleistungen, auch die beiden älteren. Solche Familien richten sich im jetzigen System ein.

Wehsely: Wir brauchen Integration vom ersten Tag an, und das verpflichtend. Dafür steht die SPÖ. Der Integrationsminister und das Innenministerium sind gefordert. Die tschetschenischen Asylverfahren haben viel zu lange gedauert, man hätte schon vor der Mindestsicherung ansetzen müssen. Bei den jungen Afghanenorte ich eine hohe Lernbereitschaft, und bei den Syrern gibt es einen ganz hohen Akademikeranteil.

Lopatka: Aber die Gruppe wird sehr groß sein, die in die Mindestsicherung kommt. Wir brauchen Veränderung, sonst kippt das System. Acht Bundesländer haben erkannt, dass es zu Kürzungen kommen muss. Eines fehlt noch: Wien.

Wehsely: Das stimmt so nicht. Und es wird sich zeigen, ob das überhaupt gesetzeskonform ist. ■

INTERVIEW: CLEMENS NEUHOLD